

**19. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Daniela Billig (GRÜNE)**

vom 2. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 5. Januar 2026)

zum Thema:

**Sperrung des sicheren Überwegs an der Kreuzung Greifswalder / Marienburger  
Straße für Zufußgehende**

und **Antwort** vom 14 Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Januar 2026)

Senatsverwaltung für  
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Frau Abgeordnete Daniela Billig (Grüne)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

## **A n t w o r t**

**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24679**

**vom 02. Januar 2026**

**über Sperrung des sicheren Überwegs an der Kreuzung Greifswalder / Marienburger Straße  
für Zufußgehende**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft ausschließlich Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher das Bezirksamt Pankow um Stellungnahme gebeten. Sie wird in den Antworten an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Frage 1:

Warum wurden die Lichtsignalanlagen für Zufußgehende und Radfahrende an der o.g. Kreuzung Anfang Dezember 2025 demontiert?

Antwort zu 1:

Das Bezirksamt Pankow teilt mit:

„Die Lichtsignalanlage musste vom Antragsteller demontiert werden, dies hat er bautechnisch begründet.“

Frage 2:

Wie lange sind die Bauarbeiten an der Kreuzung Greifswalder / Marienburger Straße und in der Marienburger Straße geplant?

Antwort zu 2:

Das Bezirksamt Pankow teilt mit:

„Nach Kenntnis der Straßenverkehrsbehörde Pankow handelt es sich um den letzten Bauabschnitt, der laut Plan bis 04.05.2026 aktiv sein soll. Verlängerungsanträge sind üblich.“

Frage 3:

Wurden Alternativen zum Überqueren der Marienburger Straße für Zufußgehende geprüft?

Antwort zu 3:

Das Bezirksamt Pankow teilt dazu mit, dass eine Anhörung stattgefunden hat und keine Bedenken zur Maßnahme geäußert wurden.

Frage 4:

Wie wurde die Anwohnerschaft informiert?

Frage 5:

Wurden die im Einzugsgebiet befindlichen fünf Schulen (Heinrich-Roller-Grundschule, Grundschule an der Marie, Homer-Grundschule, Felix-Mendelsohn-Bartholdy Gymnasium, ISS Kurt-Schwitters) und deren betroffene Schüler\*innen über diese plötzliche und längerfristige Veränderung ihrer offiziellen Schulwege informiert, notwendige Anpassungen und Information der Schülerschaft vorgenommen?

Antwort zu 4 und 5:

Das Bezirksamt Pankow teilt mit:

„Unbekannt. Der Antragsteller/Bauherr ist dazu verpflichtet. Ob die Information durchgeführt wurde, kann nicht gesichert festgestellt werden.“

Frage 6:

Wie soll die Sicherheit der Fußgänger zur Überquerung der Marienburger Straße zukünftig gewährleistet werden obwohl dort ein Verbotsschild für Fußgänger aufgestellt wurde?

Antwort zu 6:

Das Bezirksamt Pankow teilt mit:

„Aufgrund aktueller Umbaumaßnahmen ergibt sich für Fußgänger ein Umweg über die Kreuzung, welcher durch eine Lichtsignalanlage gesichert ist, von etwa 3 Minuten.“

Frage 7:

Ist beabsichtigt bei Missachtung des Verbotsschildes durch Fußgänger (stadteinwärts und stadtauswärts) Ordnungsstrafen zu verhängen?

Frage 8:

Wie wird gewährleistet, dass weiterhin ein sicherer und praktikabler Schulweg angeboten wird, der den Regelbruch in der täglich beobachteten Praxis nicht geradezu voraussetzt?

Antwort zu 7 und 8:

Das Bezirksamt Pankow teilt mit:

„Für Ahndung von Ordnungswidrigkeiten durch Fußgänger ist das Ordnungsamt und ggf. die Polizei zuständig. Sollte die Polizei oder das Ordnungsamt in der täglichen Praxis sehen, dass hier etwas unternommen werden muss, wäre die Zwangsanordnung einer mobilen temporären LSA möglich.“

Frage 9:

Wie können solche zukünftigen Maßnahmen vermieden werden, die potentiell ungewollt provozierte Unfallgefahren für zu Fuß Gehende beinhalten?

Antwort zu 9:

Das Bezirksamt Pankow teilt mit:

„Grundsätzlich ist eine mobile temporäre LSA möglich. Dies ist aber mit nicht unerheblichen Kosten und Planungsaufwand verbunden.“

Berlin, den 14.01.2026

In Vertretung

Arne Herz

Senatsverwaltung für

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt